

Verhindert Westerwelle!

Für die SPD lohnt sich der Wahl-Kampf
VON PATRICK HORST

In seinem Beitrag „Wahl ohne Kampf“ (ZEIT Nr. 28/09) stellt Matthias Geis die These auf, dass der SPD jegliche plausible Machtoption für die Bundestagswahl im Herbst fehle. Deshalb, so seine Folgerung, könne sie nicht kämpfen. Wäre ich Wahlkampfberater der SPD, so würde ich ihm entschieden widersprechen.

Erstens: Selbstverständlich hat die SPD eine realistische Machtoption, sie besteht in der Fortführung der jetzigen Koalition. Schwarz-Rot liegt in der Sonntagsfrage bei 58 Prozent, Schwarz-Gelb nur bei 50, Schwarz-Grün bei 48 Prozent.

Zweitens: Um kämpfen zu können, muss die SPD von allen Illusionen Abstand nehmen. Nach elf Jahren Verschleiß in der Regierung, der Spaltung der Partei und inmitten der größten Krise ihrer Existenz ist es ausgeschlossen, dass Steinmeier für die SPD die Wahl gewinnt. Angela Merkel wird Bundeskanzlerin bleiben, aber sie wird einen Koalitionspartner benötigen.

Drittens: Merkel und die Union sind nicht der Gegner der SPD. Wenn die CDU nicht gegen ihren Koalitionspartner kämpfen will, so sollte es die SPD auch nicht tun. Die SPD hat mehr davon, die populäre Bundeskanzlerin für sich zu vereinnahmen. Auch dem Land würde eine unumstrittene Wahlsiegerin Merkel gut tun.

Viertens: Der eigentliche Gegner der SPD ist die FDP und ihr Vorsitzender Guido Westerwelle. An dieser Front sollten die Sozialdemokraten keine Mühen des Einsatzes und der Zuspitzung scheuen. Nach dem Vorbild der „Anti-Adenauer-Wahl“ 1961 und der „Stoppt Strauß-Wahl“ 1980 sollte die SPD die Bundestagswahl 2009 zur „Verhindert Westerwelle-Wahl“ hochstilisieren. Das ist die Richtungsentscheidung, um die es aus sozialdemokratischer Sicht geht: Wer 2005 Kirchhof verhindern wollte, muss diesmal Westerwelle stoppen.

Fünftens: Um die FDP auf Normalmaß zu stützen, geht kein Weg an scharfen Angriffen auf Westerwelle vorbei. Der FDP-

Vorsitzende bietet mit seiner marktradikalen Ideologie und seinem Sendungsbewusstsein eine breite Angriffsfläche, in dieser Hinsicht dem Bajuwaren Strauß gar nicht unähnlich. Für überzeugte Anhänger der SPD, der Grünen und der Linken dürfte sich kaum jemand sonst so zur Dämonisierung eignen wie der temperamentvolle Karrierist und ehemalige selbsterklärte Kanzlerkandidat der früheren „Spaßpartei“ FDP.

Mittelfristig gesehen könnte eine „Verhindert Westerwelle-Wahl“ nicht nur das linke Lager wieder einigen, sondern auch eine neue Machtoption im Bund für die SPD eröffnen. So wie Genscher 1980 in der „Stoppt Strauß-Wahl“ die Voraussetzungen für die bürgerlich-liberale Koalition zwei Jahre später schuf, könnte die SPD mit einer Verhinderung Westerwelles diejenigen unter den Liberalen stärken, die sich aus ihrer sklavischen Abhängigkeit von der Union befreien wollen. So könnten die Sozialdemokraten ihr Interesse an der FDP glaubhaft untermauern. Auch darum würde es sich lohnen zu kämpfen.

PS: Nach der FDP sind die Grünen der Hauptkonkurrent der SPD in dieser Bundestagswahl. Oberste machstrategische Priorität für die SPD muss die Verhinderung einer kleinen Zweiparteienkoalition unter Führung der Union sein – gleich welcher Farbkombination. Nicht nur die FDP, auch die Grünen müssen so klein gehalten werden, dass es für eine Koalition mit der Union nicht reicht. Potenziellen Grünen-Wählern könnte das Argument helfen, dass nur eine Stimme für die SPD sicher Westerwelle verhindern hilft. Und bei den Wählern im Osten Deutschlands würde die SPD offene Türen einrennen, wenn sie die grüne Partei als eine grün lackierte FDP charakterisierte.

Gekürzte Version dieses Artikels in: Die Zeit Nr. 19, 9. Juli 2009, S.11.